

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Friedensfreundinnen und -freunde!

Bei den Kundgebungen am diesjährigen Antikriegstag warnt der DGB und seine Mitgliedsgesellschaften vor einer weiteren Militarisierung der Debatte.

Der Ukraine-Krieg darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden ließe sich mit Waffen schaffen.

Hinzu kommt, dass jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, an anderer Stelle fehlt.

Die Finanzierung militärischer Friedenssicherung darf weder auf Kosten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates gehen noch die soziale Ungleichheit in unserem Lande verschärfen.

Sie darf auch nicht dazu führen, dass die dringenden Zukunftsinvestitionen in die sozial- und ökologische Transformation ausbleiben.

Es müsse sichergestellt werden, dass die zusätzliche Verschuldung in Höhe von 100 Milliarden Euro nicht zulasten dringend nötiger sozialpolitischer Aufgaben gestemmt werde.

Der Spielraum für Sozialpolitik muss angesichts historischer Herausforderungen erweitert, nicht eingeengt werden“, forderte der ver.di Vorsitzende Frank Werneke.

Das drohe jedoch, wenn das Zwei-Prozent-Ziel der Nato dauerhaft eingehalten werden soll.

Um eine Vorstellung davon zu haben was 100 Mrd. Euro so im Vergleich sind:

Das entspricht dem fünffachen Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Es könnten damit 5000 bis 10000 Windkrafträder gebaut und aufgestellt werden.

Es könnten 130.000 dringend gebrauchte neue Pflegekräfte beschäftigt werden.

900.000 Sozialwohnungen könnten damit subventioniert werden.

Auch das 9 Euro Ticket könnte damit 10 Jahre lang finanziert werden.

Der Bundestag hat mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit dem Sondervermögen für die Bundeswehr im Grundgesetz zugestimmt.

Bereits im Vorfeld hatte ver.di die Ablehnung dieses Vorhabens bekräftigt, da die Ampel-Regierung wegen dieser neuen Schulden ihren Handlungsspielraum fahrlässig einschränkt.

Was sind aber die aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen?

Durch die Erhöhung der Energiepreise direkt aber auch indirekt z. B bei den Lebensmitteln steigen die Lebenshaltungskosten rasant.

Eine Neue Studie der Hans Böckler Stiftung sagt aus; mehr als die Hälfte der Erwerbspersonen mit niedrigerem Einkommen gibt an, wegen der Inflation den Kauf von Lebensmitteln einzuschränken.

52 Prozent der Erwerbspersonen in Deutschland mit einem relativ niedrigen Haushaltseinkommen bis 2000 Euro netto monatlich sehen sich genötigt, weniger Lebensmittel zu kaufen, weil die Preise so stark gestiegen sind, insbesondere für Energie.

Die kürzlich beschlossene Gasumlage muss zurückgenommen werden.

Sie ist ein weiterer Beweis dafür, dass Lohnabhängige, Studierende, Rentner*innen, Erwerbslose massiv durch Preissteigerungen getroffen werden, die sie nicht zu verantworten haben.

Viele werden diese schlicht nicht bezahlen können.

Es droht der innere Frieden in der Gesellschaft zu kippen.

Die AfD und andere rechte Kräfte freuen sich schon auf einen heißen Herbst.

Die sehen ihre nationalistischen und ausländerfeindlichen Programme als Lösung.

Da müssen wir mit unseren Forderungen dagegen halten.

Die Super-Reichen sollen zahlen. Sie können das und sie müssen dass!

Aber der Staat kann noch mehr tun: Es muss Obergrenzen bei so lebenswichtigen Dingen wie Energie, Mieten und Lebensmitteln geben.

Als Sofortprogramm: Mietenstopp jetzt! Verbot von Strom- und Gassperren! Keine Zwangsräumungen!

Zusätzlich müssen wir als Gewerkschaften Reallohnsteigerungen durchsetzen.

Wir müssen auch eine breite Diskussion über die Sinnhaftigkeit von Sanktionen und militärischen Lösungen führen.

Der Krieg in der Ukraine darf nicht zum Denkverbot führen.

Es gibt bereits Widerstand auch von Bundestagsabgeordneten der von uns unterstützt werden kann.

Die Fraktion der Linken und einige Abgeordnete der SPD merken an, die Ausrüstungsmängel bei der Bundeswehr seien zwar unstrittig aber ein solch gigantisches Rüstungsvorhaben unter gleichbleibendem Beschaffungswesen führt nur

zur Bereicherung von wenigen Firmen und Investoren auf Kosten der ganzen Gesellschaft.

Da der Rüstungshaushalt die letzten Jahre sowieso schon überdurchschnittlich aufgebläht wurde, ist klar, am Geld alleine können die Probleme, die es beim deutschen Militär zweifellos gibt, nicht liegen.

Besser ist aber, erst gar nicht soviel Geld in das Militär zu stecken.

Wir sind in der NATO und die NATO hat das über 18-fache in den Rüstungshaushalten, wie Russland.

Als Abschreckung müsste das doch reichen?

Im Gegenteil, diese hohe Militärdominanz hat auch eine angstausslösende Wirkung auf den vermeintlichen Gegner.

Stellen wir doch mal einen Moment vor, das Verhältnis wäre umgekehrt.

War es daher wirklich so gut, die NATO so nahe an Russland heranzurücken?

Mit der NATO Mitgliedschaft verbunden ist auch die Stationierungszusage von Militär und Massenvernichtungswaffen.

Schauen wir noch auf eine andere gefährlicher werdende Weltgegend.

Ist es wirklich so klug, China durch politische Einmischung und militärische Aufrüstung in Taiwan weiter zu provozieren?

Immerhin ist Taiwan völkerrechtlich kein eigenes Land sondern Teil von China, wenn auch mit eigener Regierung.

Die Abhängigkeit der Wirtschaft und der Versorgung der Privathaushalte von Taiwan bei der Chipproduktion 1 Klasse oder die Produktion von Photovoltaik-Panellen aus der Volksrepublik China sind vermutlich noch schwerwiegender für uns als die Energieabhängigkeit von Russland.

Was machen wir den, wenn es dort zu einem Krieg kommt? Dann gibt es nicht mal teurere Alternativen auf viele Jahre hinaus.

Ich bin gegen autoritäre Regime aber Provozierungen und Kriege stärken diese sogar noch.

Der friedliche Weg ist der bessere Weg zur internationalen Solidarität.

Unsere Forderung heißt daher „Abrüsten statt aufrüsten“!

Wege aus der Eskalationsspirale finden! Frieden mit Russland und China.